

KOMMENTAR

VON
CHRISTOPH KOTANKO

Armutszuweis

In unserem reichen Land können sich 2,3 Prozent der Menschen den europäischen Mindestlebensstandard nicht leisten. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Seit 2018 haben sich die Zahlen kaum verändert. Das ist ein Armutszuweis für die Politik. Aber: Die Sozialausgaben stiegen im Be-

Die Sozialausgaben sind hoch – treffsicher auch?

richtsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent auf rund 136 Milliarden Euro. Besonders starke Zuwächse gab es für Familien, Gesundheit und Leistungen gegen die soziale Ausgrenzung.

Es ist also Geld da. Aber wie steht es um die Treffsicherheit? Gilt das Gießkannenprinzip? Oder muss man sich auf jene konzentrieren, die der Hilfe wirklich bedürfen? Diesen Fragen sollten sich die Verantwortlichen stärker widmen.

Ein großes Problem sind die „working poor“, die trotz Erwerbsarbeit unter Armut leiden. Da sind auch die Sozialpartner gefordert.

Nach der kurzfristigen Krisenilfe müsse man die Strukturen hinter der Armut angehen, sagt Sozialminister Rauch. Er hat recht, aber: Er ist nur mehr kurz im Amt.

✉ c.kotanko@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Doskozil will Med-Uni für das Burgenland

EISENSTADT. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SP) will im Burgenland eine eigene medizinische Privatuniversität einrichten. Auf diese Weise könne das Land seine Ärzte in Zukunft selbst ausbilden und wäre nicht mehr von Ausbildungsstätten in anderen Bundesländern abhängig, meinte Doskozil in der Landtagssitzung am Donnerstag. Ziel sei es, innerhalb von drei Jahren die Akkreditierung und Zertifizierung für die Privatuuni zu schaffen.

Russland und Rechtsaußen: Breite Sorge in EU-Parlament

Eine große Mehrheit im EU-Parlament prangert die Nähe von Rechtsaußen-Parteien zu Russland an – das betrifft auch die FPÖ

STRASSBURG. Es ist die letzte Sitzungswoche vor der Wahl im Juni – und eine breite Mehrheit der EU-Parlamentarier nutzte die gestrige Plenartagung in Straßburg, um in einer Resolution ihre Sorge über die Einflussnahme Russlands auf die Parteien in der EU und den EU-Wahlkampf zum Ausdruck zu bringen.

Das Parlament bekräftigte mit 429 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 48 Enthaltungen seine Verurteilung von „politischen Partnerschaften zwischen rechtsextremen Parteien in Europa und der russischen Führung“.

Als Beispiele werden neben dem „Partnerschaftsabkommen zwischen der FPÖ und Putins Partei Einiges Russland“ auch die Beziehungen der Partei von Marine Le Pen in Frankreich oder der „Führung der AfD“ in Deutschland genannt. Die AfD wird aufgefordert, „ihre finanziellen Beziehungen insbesondere zum Kreml unverzüglich offenzulegen“.

Unterstützt wurde die Resolution von Abgeordneten der Europäischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Grünen. In Bezug auf Österreich äußert das EU-Parlament „seine Besorgnis über den österreichischen Spionagefall“ rund um Ex-Geheimdienstler Egisto Ott.

In der Resolution wird weiters betont, dass „Russland systematisch Kontakte zu rechts- und linksextremen Parteien unterhalten hat, um die Unterstützung der institutionellen Akteure in der Union zu gewinnen und so seine illegalen und kriminellen Handlungen zu legitimieren.“

Vilimsky: „EU-Irrenhaus“

„Puren Schwachsinn“ nannte Harald Vilimsky, der Leiter der FP-Delegation im EU-Parlament, die Resolution. Das Parlament selbst bezeichnete er als „EU-Irrenhaus“. Die FPÖ habe zum Putin-Regime „nicht einen einzigen



„Freundschaftsvertrag“ mit Putins Partei: FP-Delegation 2016 in Moskau – mit dem damaligen FP-Chef Strache (M.) und EU-Mandatar Vilimsky (r.) (FP)



Sanktionsgegnerin Marine Le Pen aus Frankreich (APA/AFP/Al-Doumy)



AfD-Europakandidat Bystron: Zahlungen aus Russland? (APA/AFP/Hartmann)

Kontakt“, sagte Vilimsky. Auf den „Freundschaftsvertrag“, den die Freiheitlichen im Dezember 2016 in Moskau mit Putins Partei „Einiges Russland“ abgeschlossen hatten, ging er nicht ein.

Eine dokumentierte Beeinflussung der EU sah Vilimsky nur bei der Ex-Parlamentarierin und Sozialdemokratin Eva Kaili, die, wie berichtet, in einen Korruptionsskandal mit Zahlungen aus Katar und Marokko verwickelt gewesen sein soll.

Empört über Vilimskys Bezeichnung „Irrenhaus“ für das EU-Parlament zeigten sich gestern die EU-Spitzenkandidaten anderer österreichischer Parteien. „Wie weit wollen Sie noch gehen, Herr Vilimsky?“, fragte VP-EU-Frontmann Reinhold Lopatka, der die FPÖ den „verlängerten Arm von Kriegstreiber Putin“ nannte. SP-Spitzenkandidat Andreas Schieder sprach von „Hel-

fern Putins, die überall in Europa sind und ein Einfallstor für Falschinformationen“ seien. Grünen-Spitzenkandidatin Lena Schilling sah durch Parteien wie FPÖ und AfD „unsere Heimat verraten“.

Rechtsaußen und Linksaussen

Als weitere Beispiele für russlandfreundliche Parteien am rechten Rand gelten die Freiheitspartei von Geert Wilders in den Niederlanden oder die rechtsnationalistischen „Unabhängigen Griechen“. In Griechenland (und anderswo) gibt es freilich auch am linken Rand Sympathien für Russland, darunter die Partei Mera25 des früheren Finanzministers Yanis Varoufakis.

Im rechten Spektrum klar auf Seiten der Ukraine positioniert ist dagegen Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni mit ihrer Partei „Fratelli d'Italia“.



Familienministerin Raab, Sozialminister Rauch (APA/Hochmuth)

Bericht: Mehr Menschen leben in absoluter Armut

WIEN. Der Anteil der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist in Österreich mit 17,7 Prozent der Gesamtbevölkerung 2023 insgesamt im Vergleich zum Jahr davor beinahe gleich geblieben. Die Anzahl der Menschen in absoluter Armutslage ist laut Statistik Austria aber gestiegen. 2023 gaben 336.000 Personen (3,7 Prozent der Bevölkerung in Privathaushalten) an, sich tägliche Ausgaben, die nach EU-Definition Mindestlebensstandard sind, nicht leisten zu können. 2022 waren 201.000 Personen (2,3 Prozent) von dieser Armutslage betroffen.

Die starke Geldentwertung habe die Lage armutsbetroffener Menschen verschärft, sagte Sozialminister Johannes Rauch (Grüne); nun müsse man strukturelle Reformen angehen, etwa eine Kindergrundsicherung. Familienministerin Susanne Raab (VP) lobte die hohen Leistungen für Familien.

Steuern auf Arbeit: Hohe Belastung in Österreich

WIEN. Österreich weist im jährlichen OECD-Vergleich bei der Steuer- und Abgabenquote auf Arbeit neuerlich den dritthöchsten Wert auf. Der sogenannte Steuerkeil lag 2023 in Österreich demnach bei 47,2 Prozent (durchschnittlich alleinstehender Arbeitnehmer).

Der Keil steht für die Differenz zwischen den Arbeitskosten des Arbeitgebers und dem Nettoverdienst des Arbeitnehmers. Im OECD-Schnitt liegt der Keil bei 34,8 Prozent. Besser schneidet Österreich bei verheirateten Alleinverdienerpaaren mit zwei Kindern ab: Hier beträgt der Steuerkeil 32,8 Prozent (OECD-Schnitt: 25,7 Prozent).

„mehrGRIPS“: Private Initiative für eine bessere Politik gestartet

30 namhafte Personen aus verschiedenen Bereichen wollen Entscheidern Lösungen abseits des Parteiengzänks anbieten

HINTERGRUND

VON CHRISTOPH KOTANKO

Insider wussten seit Wochen von den Vorbereitungen, eine Berichterstattung war strikt untersagt. Gestern Nachmittag ging die Privatinitiative „mehrGRIPS“ mit einer Pressekonferenz in Wien an die Öffentlichkeit.

30 Personen aus verschiedensten Bereichen und Lebenswelten haben sich mit dem Ziel zusammengefunden, die Politik ein Stück besser zu machen.

Gegen den Vertrauensverlust

„mehrGRIPS“ will Impulse geben, indem wir zeigen, wie komplexe Fragen mit Kompetenz und Sachwissen aus unterschiedlichen Perspektiven und Orientierungen konstruktiv diskutiert werden können



Grips-Geber: Herlitschka (Infineon), Neumayer (IV), Kopf (AMS), Badelt (WU), Kohlenberger (WU)

(APA/Hochmuth, Punz, Manhart)

und gemeinsame Lösungsansätze möglich sind“, erklären zwei der Initiatoren, Sabine Herlitschka und Johannes Kopf. Herlitschka – sie stammt aus Pfarrkirchen in Niederbayern – ist seit 2014 Vorstandsvorsitzende des international erfolgreichen Hightech-Unternehmens Infineon in Villach. Kopf fungiert seit 2006 als Vorstandsmitglied des AMS, vorher arbeitete er für VP-Minister Martin Bartenstein.

Zu den „GRIPS“-Gründern gehören unter anderen Silvia Angelo (ÖBB Infrastruktur), Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber, die Wirtschaftswissenschaftler Christoph Badelt (WU Wien) und Gabriel Felbermayr (WIFO), Beate Gfrerer (Volkshochschulen), Kommunikationsexpertin Heidi Glück, Migrationsforscherin Judith Kohlenberger, der grüne Vorsitzende des ORF-Stiftungsrates, Lothar Lockl,

und Christoph Neumayer, längstdienender Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller. Der bürgerliche Bildungsexperte Andreas Salcher ist ebenso an Bord wie die Linke Agnes Streissler-Führer von der GPA.

„Umfragen zeigen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik dramatisch sinkt. Vertrauensverlust und Polarisierung reduzieren die Problemlösungs- und

Handlungsfähigkeit der Politik“, heißt es in einer Grundsatzklärung der „GRIPS“-Macher. Diese Entwicklung gefährde den Zusammenhalt der Gesellschaft.

„Bewusst sehr divers“

Die Fachleute werden „in bewusst sehr diversen Gruppen“ vier wesentliche Themenfelder beackern: Bildung, ökologische Transformation, digitale Veränderungen und soziale Stabilität. Die Ergebnisse werden den Parteien zur Verfügung gestellt und der Öffentlichkeit präsentiert.

Es bleibt abzuwarten, ob die Initiative taugliche Mittel gegen die hohe politische Unzufriedenheit findet. Auf diesem Nährboden gedeihen Protestparteien wie die FPÖ. Fünf Monate vor der Nationalratswahl ist „mehrGRIPS“ jedenfalls ein spannendes Experiment.